



---

## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

58. Sitzung (öffentlich)

6. November 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:20 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Schulmüden Jugendlichen weiter Chancen auf eine Berufsausbildung  
geben - Programm „Betrieb und Träger“ weiterführen!**

1

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4323

Vorlage 13/2369

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, TOP 1 von der Tagesordnung abzusetzen und die abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 26. November 2003 durchzuführen.

- 2 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ermächtigung zum Erlass von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die Berufe des Gesundheitswesens und der Familienpflege und zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten nach Rechtsvorschriften für nichtärztliche und nicht tierärztliche Heilberufe** 2

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4344  
Vorlage 13/2342

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einvernehmlich die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

- 3 Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze** 3

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/3855

Der Ausschuss führt die Aussprache zur Anhörung vom 11. Juli 2003 (APr 13/936) durch.

Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung soll gemeinsam mit dem Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 13/2281, „Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes“ in der AGS-Sitzung am 26. November 2003 zur abschließenden Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur 2. Lesung aufgerufen werden.

- 4 Die bundeseinheitliche Altenpflegeausbildung modern und mit hoher Qualität in NRW sicherstellen - Menschen für Ausbildung und Berufstätigkeit in der Altenpflege gewinnen** 5

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4033

StS'in Prüfer-Storcks gibt eine Stellungnahme ab. Der Ausschuss diskutiert. - Dieser Punkt soll am 26. November 2003 abgeschlossen werden.

**5 Auch das Sterben ist ein Teil des Lebens**

12

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3217 - 2. Neudruck -

In Verbindung damit:

**Multiprofessionelle Versorgung von schwerstkranken Patienten sicherstellen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/3849

In Verbindung damit:

**Für ein menschenwürdiges Sterben in einer humanen Gesellschaft**

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/3968

Der Ausschuss strebt eine gemeinsame Regelung an.

**6 Verschiedenes**

13

Wegen einer Klausurtagung der SPD-Fraktion am 3. Dezember 2003 wird die für diesen Tag vorgesehene AGS-Sitzung nunmehr am 8. Dezember 2003 ab 15 Uhr stattfinden.

\*\*\*\*\*



AGS-Ausschuss

06.11.2003

58. Sitzung (öffentlich)

roe-beh

angezeigt, da sich eine verantwortliche Entscheidung nur in Kenntnis der vom Ministerium angekündigten Daten treffen lasse.

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, TOP 1 von der Tagesordnung abzusetzen und die abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 26. November 2003 durchzuführen.

**2 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ermächtigung zum Erlass von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die Berufe des Gesundheitswesens und der Familienpflege und zur Änderung der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten nach Rechtsvorschriften für nicht-ärztliche und nichttierärztliche Heilberufe**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4344

Vorlage 13/2342

- Abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an das Plenum zur 2. Lesung.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, so **Vorsitzender Bodo Champignon**, sei durch das Plenum am 2. Oktober 2003 zur alleinigen Beratung an den AGS überwiesen worden. Dem AGS liege mit Vorlage 13/2342 das bereits für die Sitzung am 8. Oktober 2003 vorbereitete Redetyposkript des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie vor.

**Dr. Jana Pavlik (FDP)** verweist auf einen Rundbrief der Krankenhausgesellschaft an die Krankenhäuser, dem zufolge die Ausbildung erst am 1. April 2004 statt am 1. Januar 2004 fortgesetzt werden könne.

**StS'in Prüfer-Storcks (Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie)** erklärt, nach dem nunmehr beabsichtigten Beratungsverfahren sei ein In-Kraft-Treten des Gesetzes zum 01.01.2004 möglich und damit eine nahtlose Fortsetzung der Ausbildung gewährleistet.

**Rudolf Henke (CDU)** spricht sich für sofortige Beschlussfassung aus, was die Krankenhausgesellschaft veranlassen könnte, einen ergänzenden Brief zu schreiben.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum einvernehmlich die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.